

Sammler geben Gas

Unterschriften abgegeben

Hanau (mum). Die Zeit drängt – das Anliegen auch. Der Mitbegründer der Bürgerinitiative „Kein Wortbruch in Hanau“, Daniel Best, zieht jedenfalls eine erste Bilanz, die ihn und seine Mitstreiter optimistisch stimmt. Die ersten Listen mit etwa 1000 Unterschriften seien inzwischen beim Wahlamt zur Prüfung eingereicht worden und damit knapp ein Drittel des Solls von 3200 erreicht.

Nun gilt es, nochmal ordentlich Gas zu geben im Endspurt um die Wahlberechtigten-Gunst. Oder besser um deren Unmut, denn schließlich werden diese 3200 Unterschriften benötigt, um das Bürgerbegehren gegen die Installation eines vierten hauptamtlichen Stadtrats in Gang setzen zu können. Die Abgabefrist dafür endet am 23. März.

ollte machbar sein, meint Best, denn nach einer etwas schlappen Anfangsphase sei das Interesse der Hanauer Bürger spürbar angefacht worden. „Zu Beginn wussten viele nicht, um was es geht, aber die Zeitungsberichte und vor allem die Verteilung der Unterschriftenlisten sowie der Handzettel in fast allen Hanauer Haushalten haben die Leute aufgeweckt“, so der streitbare Großbauheimer. Diese Erfahrung machen auch die Unterschriftensammler von CDU, Linken und der Alternativen Fraktion: Erkläre man den Leuten, worum es gehe, seien die meisten sofort bereit, zu unterschreiben. Auch am heutigen Samstag gibt es wieder Stände, unter anderem vor dem Neustädter Rathaus oder am Marktplatz.

Kinzigpiraten pro Bürgerbegehren

Hanau (pm/phr). Mit „über 95 Prozent“ unterstützen die Kinzigpiraten das Bürgerbegehren der Bürgerinitiative „Kein Wortbruch in Hanau“, wie die Partei mitteilt. Das habe ein virtuelles Meinungsbild unter den Mitgliedern ergeben. Eine Abstimmungsempfehlung möchte die Piratenpartei den Bürgern aber nicht geben. Die Kinzigpiraten fordern darüber hinaus eine Lösung von den amtierenden Parteien des so genannten Kleeblattbündnisses. Diese sollten ihr Wahlversprechen halten und gleichzeitig dem Willen der Wähler gerecht werden. Entsprechend dem Ergebnis der Kommunalwahl sollte die FDP ihren Stadtratsposten an die Grünen abgeben, heißt es weiter. Dafür könnte sie die freiwerdenden Stabsstelle erhalten.